

## GRÜNER FILZ

## „Habecks Ende ist unausweichlich“

Die sogenannte Trauzeugenaffäre hat Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck mächtig unter Druck gebracht. Der Staatsrechtler Rupert Scholz sieht die Compliance-Verantwortung beim Kanzler und meint, dass dieser eigentlich nicht darum herumkomme, sich von Habeck zu trennen



VON MAXIMILIAN TICHY

Immer wieder im Fall Habeck und Graichen, die sogenannte Trauzeugenaffäre, zeigt, wie die Politik das Parlament und die Demokratie aushebelt, sagte der Staatsrechtler und frühere Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz jüngst in „Tichys Einblick Talk“ auf Hauptstadt.TV. Gesetze würden in den mit der Politik verfilzten Vorfeldorganisationen entwickelt und dann nur noch durch den Bundestag gepeitscht.

In der Tat wurden viele Gesetzesentwürfe von den Staatssekretären aus dem Umfeld der Organisation Agora Energiewende entwickelt und den Mi-

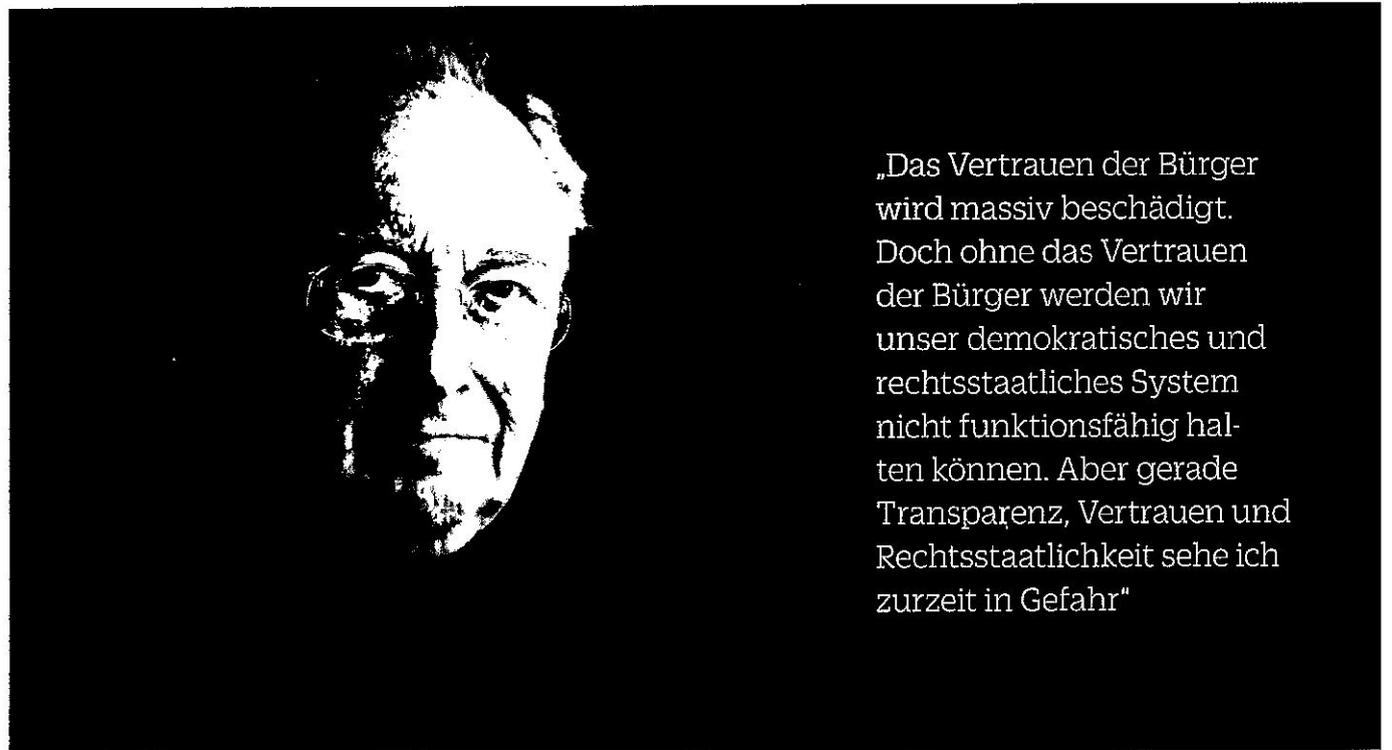
nistern zum Gegenzeichnen vorgelegt. Die Parlamentarier sollten dann möglichst schnell zustimmen.

Kein Wunder, dass sich der deutsche Bundestag über diese Vorgehensweise bereits beklagt hat. Die Regierung ziehe ihre Gesetzgebungsvorhaben viel zu schnell durch, es bleibe nicht genug Zeit, die Dinge mit Sorgfalt im Parlament zu beraten und zu prüfen, schrieb Bundestagspräsidentin Bärbel Bas an Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt (SPD) sowie die Fraktionschefs von SPD, Grünen und FDP.

„Wir leben in einer Phase einer partiellen Entstaatlichung öffentlicher Aufgaben“, kritisiert Scholz. Immer mehr Aufgaben würden aus Ministerien an NGOs, Verbände und Beauftragte der

Regierung mit jeweils eigenem Stab und eigenem Etat ausgelagert. „Das bedeutet aber wiederum nicht nur, dass der Rechtsstaat infrage gestellt wird, sondern das Demokratieprinzip“, warnt Scholz. „Denn hier gibt es keine demokratisch parlamentarische Verantwortung. Und wenn es die nicht gibt, dann ist der Staat, genau genommen, so wie unser Grundgesetz ihn vorschreibt, eigentlich am Ende. Und die Gefahren bestehen eindeutig.“

Scholz hält ein Plädoyer für das Beamtenrecht. Statt dass immer neue NGOs gefördert würden, sollten die Ministerien sich ihre Kompetenzen zurückholen. „Öffentlicher Dienst und Beamtenrecht bedeuten Unabhängigkeit, Neutralität, parteipolitische Neu-



„Das Vertrauen der Bürger wird massiv beschädigt. Doch ohne das Vertrauen der Bürger werden wir unser demokratisches und rechtsstaatliches System nicht funktionsfähig halten können. Aber gerade Transparenz, Vertrauen und Rechtsstaatlichkeit sehe ich zurzeit in Gefahr“

Rupert Scholz, emeritierter Staatsrechtsprofessor, Bundesverteidigungsminister (1988–1989)

tralität, Kompetenz, Leistungsprinzip. Alles das sind Dinge, die eigentlich maßgebend sind für die Bestellung von Beamten, auch von Staatssekretären. Was haben wir stattdessen? Stattdessen haben wir diesen Staatssekretär Graichen, ja offenkundig eine äußerst fragwürdige Figur.“

Eine „offensichtliche“ Abhängigkeit von Graichen analysiert Scholz bei dessen Vorgesetztem, Wirtschaftsminister Robert Habeck, der erst nach langem Zögern die Entlassung von Graichen ausfertigte. Damit beschädige Habeck sein Amt: „Ein Staatssekretär handelt stets im Namen seines Ministers.“ Da Habeck also lange nicht eingegriffen

„Wenn ich davon ausgehen muss, dass mein Abgeordneter nebenher noch aktiv ist, dann kann ich ihm nicht vertrauen“

Habeck, „fällt das auf ihn selbst zurück“. Erst nach Bekanntwerden der Zuwendungen an eine Stiftung, in der Graichens Schwester eine verantwortliche Position bekleidet, konnte sich Habeck dazu durchringen, sich von Graichen zu trennen.

### „Praktiziertes Unrechtssystem“

Und dann wird Scholz schon fast ein bisschen zynisch. Man müsse eigentlich dafür dankbar sein, dass sich jetzt der Skandal an Graichens Fehlern entzündet habe. Denn damit werde das System der Nichtregierungsorganisationen und ihrer Verflechtungen mit der Politik ans Licht gezerzt, werde auch die fragwürdige Rolle anderer Staatssekretäre deutlich: Udo Philipp beispielsweise, der an Start-ups beteiligt sei, die aus den von ihm verantworteten Abteilungen des Wirtschaftsministeriums Subventionen erhielten. Ein System mit vielen Graichens, das „die Demokratie bedroht“, sagt Scholz über die Agora, den geheimbündlerischen Lobbyverband im Hintergrund.

„Die kommen genau aus diesen halbstaatlichen, halböffentlichen, nicht staatlich kontrollierten Gremien oder Organisationen. Da kommen die Ge-

setzesinitiativen her, und das wird dann blitzschnell über die Ministerien wiederum verfilzt, bis in familiäre Dinge hinein, mit den Organisationen. Und dann wird das gleich zusammengeschnürt und schnell im Bundestag reingeschoben.“

„Wir sind ja die Ampel, wir haben die Mehrheit, wir ziehen die Dinge durch“, denkt sich die Regierung. Das ist keine Demokratie mehr“, schimpft Scholz. „Das ist ja, ich würde mal so sagen, das ist ein im Schnellverfahren praktiziertes Unrechtssystem.“ Der Staatsrechtler konstatiert: „Transparenz und Sauberkeit geraten offenkundig immer mehr in den Hintergrund und werden schlicht verdrängt oder werden nicht mehr beachtet. Und damit wird unser demokratisches Gemeinwesen insgesamt fragwürdig, unglaubwürdig. Das Vertrauen der Bürger wird massiv beschädigt, doch ohne das Vertrauen der Bürger werden wir unser demokratisches und rechtsstaatliches System nicht funktionsfähig halten können. Aber gerade Transparenz, Vertrauen und Rechtsstaatlichkeit sehe ich zurzeit in Gefahr.“

Der Kanzler müsste auch Minister Habeck zum Gehen zwingen, findet Scholz. „Eigentlich müsste der Bundeskanzler hergehen und müsste sagen: Herr Habeck, was in Ihrem Ministerium passiert mit Ihrem Segen, geht nicht. Sie müssen gehen.“ Das wäre früher immer so gewesen, ich erinnere mich zum Beispiel an die sogenannte Briefbogenaffäre, als es um den Herrn Möllemann von der FDP ging.“ Als Wirtschaftsminister und Vizekanzler hatte Möllemann damals ein Produkt seines Schwagers, einen Chip für Einkaufswagen, auf ministeriellem Briefpapier beworben.

Aus heutiger Sicht eigentlich eine Bagatelle, findet Scholz: „Lächerlich, gemessen an dem, worum es heute geht. Aber das war das Ende der Laufbahn Möllemanns. Und so ist das Ende der Laufbahn Habecks meines Erachtens unausweichlich. Aber das muss der Bundeskanzler entscheiden.“ Das dies noch nicht geschehen sei, sei wohl dem Koalitionsfrieden geschuldet: „Wenn ich einen Habeck rausschmeiße, dann sind die Grünen vielleicht weg, wird Scholz sich vielleicht denken.“

Rupert Scholz jedenfalls glaubt nicht, dass die Grünen den Skandal unbe-

„Alle Parteien müssten ihre Abgeordneten auffordern, solche Doppelmitgliedschaften zu beenden“

schadet überstehen können. „Auch die Grünen können sich nicht hinstellen und behaupten, die Affäre sei belanglos, wie es etwa der Herr Trittin getan hat. Trittin hat ja nun den Herrn Habeck in Schutz genommen und behauptet es handle sich um eine Kampagne gegen die Grünen. Das ist gutes altes kommunistisches Denken, dem Herr Trittin da entstammt. Aber so einfach kann man das nicht abtun. Ein funktionierender Rechtsstaat – und dem ist vor allem der Bundeskanzler verpflichtet – muss immer für Verantwortlichkeit, Transparenz, Compliance sorgen in seinem Kabinett und auch darüber hinaus. Und wenn das nicht geschieht, gerät auch der Bundeskanzler in schwere Wasser.“

### Kein reines Grünen-Problem

Leider sei das kein exklusives Problem der Grünen, konstatiert Scholz, vielmehr seien Doppelfunktionen auch anderswo verbreitet. „Offenkundig ist es ja so, dass nicht nur die Grünen massiv in der Richtung tätig sind, sondern die anderen Parteien auch“, bemängelt Scholz. Daraus folgt für ihn die Forderung: „Alle Parteien, die im Bundestag vertreten sind, müssten ihre Abgeordneten sofort auffordern, solche Doppelmitgliedschaften zu beenden.“

Nur dann werde die Glaubwürdigkeit des Parlaments wiederhergestellt, so der frühere Bundesverteidigungsminister. „Wenn ich davon ausgehen muss, dass mein von mir gewählter Abgeordneter nicht nur im Bundestag oder im Landtag oder einem anderen Parlament aktiv ist, sondern dass er nebenher noch aktiv Mitglied oder vielleicht sogar Geschäftsführer in irgend so einer Agora oder sonstigen Organisation ist, dann kann ich ihm nicht vertrauen, dann darf ich ihm fast nicht vertrauen.“ ■



Das Gespräch sehen Sie unter [www.tichyseinblick.de](http://www.tichyseinblick.de); Rubrik: Videos, oder scannen Sie direkt den QR-Code